

Haushaltsrede 2012

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Zwicker, sehr geehrter Herr Dr. Hörster, meine Damen und Herren, liebe Kreistagskolleginnen und Kreistagskollegen

Das vergangene Jahr hatte es wahrlich in sich. Die Eurokrise und die Rettung Griechenlands beherrschten die Schlagzeilen und noch ist kein Ende in Sicht. Ständig wurden neue Rettungsschirme beschlossen, die eines gemeinsam hatten, kaum waren sie gespannt, waren sie auch schon durchlöchert und mussten ersetzt werden. Hoffentlich wissen die, was sie tun, dieser Satz kam mir manchmal in den Sinn. Mutige Menschen stürzten ganze Regime und stellten die Diktatoren vor Gericht. Bei uns protestierten die braven Baden – Württemberger gegen Stuttgart 21 und bekamen dabei Wasserwerfer zu spüren. Und obendrauf wählten sie auch noch den ersten grünen Ministerpräsidenten. Wetterextreme und Naturkatastrophen zeichneten das vergangene Jahr ebenfalls aus. Besonders schlimm hat es Japan getroffen, die Katastrophe von Fukushima hat die ganze Welt bewegt und in Deutschland zum Ausstieg aus der Kernenergie geführt, beschlossen von einer CDU geführten Regierung. Man reibt sich immer noch verwundert die Augen, denn die gleiche Bundesregierung hatte gerade erst eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke beschlossen, angeblich gingen ansonsten die Lichter aus. Nun wird es darauf ankommen die Bevölkerung auf dem Weg der Energiewende mitzunehmen und diese so zu gestalten, dass der Strom auch für alle bezahlbar bleibt.

Energiewende heißt auch endlich sagen, was aus dem Atommüll wird, ein sicheres Endlager muss her. Genauso wichtig ist die gesicherte Zwischenlagerung und das Vermeiden von Atommülltransporten. Daher bin ich froh, dass wir uns mit einem gemeinsamen Antrag gegen die Transporte von Jülich nach Ahaus aussprechen Das ist ein starkes Signal in Richtung Bundes – aber auch Landesregierung.

Herr Landrat meine Damen und Herren

Sind wir in Deutschland etwa auf dem rechten Auge blind? Oder wie kann man sich sonst erklären, dass an allen möglichen Behörden vorbei, rechte Terroristen mordend durchs Land ziehen. Gibt es Äußerungen zum Rechtsradikalismus kommt reflexartig das Wort Linksradikalismus. So, als könne man damit einiges ungeschehen machen oder erklären. Das funktioniert aber nicht. Am Stammtisch, in der Nachbarschaft oder im Bekanntenkreis begegnen sie uns, diese oft subtilen ausländerfeindlichen Äußerungen. Das schlimmste sind die Pauschalierungen, die Türken, die Moslems, während wir für uns ganz selbstverständlich eine differenzierte Betrachtung erwarten. Wann endlich kehrt Normalität ein im Umgang miteinander? Guttenberg und Wulff zwei Männer, zwei ganz unterschiedliche Affären über die sie am Ende stolperten. Fast könnte man Mitleid mit ihnen haben, so tief war ihr Fall. Doch leider haben sie mit ihrem Verhalten die Vorurteile der Menschen bestätigt. Denn viele glauben doch, dass Politiker lügen, unfähig, gleichgültig machtbesessen und nur auf den eigenen Vorteil bedacht sind. Wie soll ich da meiner Enkelin Charlotte erklären, dass es sich immer noch lohnt, sich für andere Menschen einzusetzen, ohne als erstes zu fragen, was habe ich denn davon? Und wie soll man Kindern und Jugendlichen noch Werte wie Ehrlichkeit, Anstand und Redlichkeit vermitteln, wenn die obersten Repräsentanten dieses Landes, die eigentlich Vorbilder sein sollten, diese mit Füßen treten? Und dann war da noch der tiefe Absturz der FDP in den Umfragewerten. Die CDU wird sich bald neue Bündnispartner suchen müssen. Eines weiß ich gewiss Herr Schöning, ich würde an ihrer Stelle auf jeden Fall in Stadtlohn keine Werbung mehr auf Knöllchen machen. Damit macht man sich beim Wahlvolk wahrscheinlich nicht gerade beliebt. Und was hat das alles mit dem Kreis Borken zu tun, wann kommt die endlich zur Sache, wir reden hier über den Kreishaushalt. Diese Gedanken, ich kann es spüren, gehen einigen von ihnen ganz bestimmt durch den Kopf. Aber alles hängt eben mit allem zusammen und der Kreis Borken ist Teil des Ganzen, wenn auch nur ein winziger.

Herr Landrat meine Damen und Herren,

„Denken ist der Schlüssel aller Schätze“ hat uns der Landrat bei der Haushaltsplaneinbringung mit auf den Weg gegeben. Die SPD - Fraktion hat über den Haushalt 2012 nachgedacht und das auch in einigen Anträgen zum Ausdruck gebracht. Wir mussten aber wieder mal feststellen, dass der Landrat wohl frei nach Mark Twain gemeint hat, „wir lieben die Menschen, die frisch heraussagen, was sie denken – falls sie das gleiche denken wie wir.“ Denn bis auf wenige Ausnahmen wurden alle Produkte unseres Denkens abgelehnt oder weichgespült. Als Opposition darf man frei von Verwaltungseinflüssen nachdenken, das ist ein Wert an sich. Merkwürdig ist trotzdem, dass Mehrheitsfraktion und Verwaltung scheinbar vollkommen eins sind im Denken. Auf die beiden trifft frei nach Lyndon B. Johnson, dem 38. Präsidenten der USA zu: „Wenn zwei immer einer Meinung sind, hat wahrscheinlich nur einer nachgedacht.“ Frage ist nun, wer denkt denn hier eigentlich im Kreishaus zu Borken? Mich hat gefreut, dass aus zwei Anliegen der SPD gemeinsame Anträge aller Fraktionen geworden sind. Auch in den Ausschüssen gelingt manchmal eine Verständigung. Das zeigt, wir können uns auf gemeinsame Ziele verständigen. Schade nur, dass uns das so selten gelingt. „Der Kreistag überwacht die Durchführung seiner Beschlüsse sowie den Ablauf der Verwaltungsangelegenheiten,“ heißt es in der Kreisordnung. Dem versuchen wir gerecht zu werden, das ist erstens nicht einfach und zweitens gehen wir der Verwaltung und scheinbar auch den anderen Fraktionen damit gehörig auf die Nerven. Meine Frage an sie alle, sollen wir denn ein der „Landrat wird es schon richten Kreistag“ werden?

Betrachten wir das Budget 01 Soziales

Dieses Budget bleibt beständig das größte in unserem Haushalt und die sozialen Lasten drücken die kommunale Familie weiter, auch wenn der Bund bis 2014 in Schritten die Kosten der Grundsicherung übernimmt.

Was für ein Glück, dass sich da der Arbeitsmarkt trotz Wirtschaftskrise so positiv entwickelt hat. Der Kreis hat landesweit eine der niedrigsten Arbeitslosen - und Langzeitarbeitslosenquoten. Das ist natürlich ein Grund zur Freude und zum Optimismus. „Der Arbeitsmarkt ist weitgehend leergefegt,“ sagt der Landrat. Nein, rufe ich ihm zu, da sind noch Menschen, die einen Arbeitsplatz brauchen und die nicht vergessen werden dürfen. Diese Menschen in Lohn und Brot zu bringen ist schwierig, da brauchen wir mehr als ein Bewerbungstraining. Im Fachausschuss sind wir uns aber einig, dass alle eine Chance bekommen sollen, weil Arbeit mehr ist als nur Gelderwerb. Geschätzte 10 Millionen Menschen müssen in Deutschland für einen prekären Lohn arbeiten. Sie bezahlen den Preis für das Jobwunder Deutschland. Der gesetzliche Mindestlohn muss her, sagen die Experten. Die regional – und branchenspezifische Lohnuntergrenze, die von der CDU beschlossen wurde, ist da keine wirkliche Lösung. Und gerade unsere jungen Leute leiden darunter, dass es für sie immer seltener feste Arbeitsverträge gibt. Wie sollen sie ihre Zukunft planen, wie sollen sie da Freude an einer Familiengründung entwickeln?

Herr Landrat meine Damen und Herren

Wir haben zwar weniger Kinder in Hartz IV, aber nicht weniger Kinderarmut, darauf weist der deutsche Kinderschutzbund zu Recht hin. Denn die Kinder aus Familien, die den Kinderzuschlag, Sozialhilfe oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, werden einfach nicht mit gerechnet. Arme Kinder brauchen keine zusätzlichen zehn Euro im Monat, sondern anständig bezahlte Arbeit für ihre Eltern. Dann nur dann haben sie eine echte Chance aus der Armutsfalle rauszukommen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Der Kreis hat seine sogenannten freiwilligen Leistungen im sozialen Bereich überprüft und im Zuge dessen etliche Projekte beendet. Es muss gut bestellt sein um die soziale Infrastruktur im Kreis Borken, denn es hat keinen Aufschrei von den Verbänden gegeben. Oder haben diese gar schlichtweg schon resigniert? Die

SPD - Fraktion ist nicht zufrieden mit den Kennzahlen zur Überprüfung der Altenpflegeeinrichtungen, hier ist der Kreis in der Verantwortung gegenüber den Bewohnern. Da kann man auch nicht immer auf eine neue Gesetzeslage im Land warten. Wir wollten in diesem Jahr einige Akzente , mit dem Zuschuss zur Telefonseelsorge und zur Verbraucherberatung setzen, aber wie so oft haben wir dafür keine Mehrheit bekommen. Auch die Stelle der Behindertenbeauftragten wollten wir aufstocken, damit sie verstärkt für das Thema Inklusion arbeiten kann. Wir stellen diesen Antrag bis zu den nächsten Haushaltsplanberatungen zurück.

Tag für Tag müssen wir lesen, dass Pflegekräfte fehlen. Gleichzeitig gibt es zu wenig Geld um deren Ausbildung aufzustocken. Dieses Thema hat die Caritas im letzten Jahr zu Recht angesprochen. Die jetzt auf den Weg gebrachte kleine Pflegereform für Demenzkranke ist ein erstes Schrittchen in die richtige Richtung. Ausdrücklich begrüße ich, dass man den Blick verstärkt auf die pflegenden Angehörigen richtet. Dies könnte auch eine Maßgabe für notwendige neue ambulante Hilfen bei uns sein, denn wir müssen in diesem Bereich etwas tun. Das hat uns auch das Gemeindeprüfungsamt mit auf den Weg gegeben. Ältere Menschen, aber nicht nur diese, brauchen eine gute wohnortnahe ärztliche Versorgung, da soll es ja düster aussehen für ländliche Regionen.

Etwas das uns auch weiterhin Sorge bereiten muss, ist der Alkoholkonsum und hier insbesondere das sogenannte Komasaufen unserer jungen Leute. Gegen den Landestrend steigen bei uns die Zahlen weiter an. Beide Themen sind so wichtig, dass der Fachausschuss sich dieser immer wieder annehmen muss.

Betrachten wir das Budget 02 Jugend und Familie

Der Kreis hat im März letzten Jahres gute Noten für seine hohe Geburtenrate bekommen. Damit das weiterhin so bleibt, ist es wichtig die Kinderbetreuung auszubauen und qualitativ zu verbessern. So gelingt nicht nur der Einstieg in die so wichtige frühkindliche Bildung, sondern wir ermöglichen den Familien,

insbesondere den Frauen, Kinder und Berufstätigkeit miteinander zu verbinden. Darauf legen mittlerweile auch die Frauen im ländlichen Raum immer mehr Wert und bei der Frauenerwerbsquote hat der Kreis durchaus einen Nachholbedarf. Die SPD hält die Einführung des sogenannten Betreuungsgeldes allerdings für einen vollkommenden Irrweg. Denn damit werden wahrscheinlich gerade die Kinder von der Betreuung ausgeschlossen, die am meisten davon profitieren würden. Das kann doch niemand ernsthaft wollen.

Herr Landrat meine Damen und Herren

Fährt man durch den Kreis Borken, denkt man, hier sei ein Kinderparadies, Bullerbü in modern eben. Nur leider trägt auch hier, wie so oft der Schein. Da die ambulanten Leistungen in vielen Fällen nicht mehr ausreichen, müssen auch bei uns immer mehr Kinder und Jugendliche stationär untergebracht werden. In dieser Situation bei den flexiblen Erziehungshilfen einzusparen, wie es die Verwaltung tut, halten wir für absolut kontraproduktiv. Andere Jugendhilfeträger weiten diese Maßnahmen noch aus, um Heimunterbringung zu vermeiden. Vielleicht müssen wir noch gezielter hinschauen um die ambulanten Hilfen am Ende besser einsetzen zu können. Gezielt helfen, heißt auch von Anfang an helfen. Viele Kommunen arbeiten da schon intensiver als wir mit dem Einsatz von Familienhebammen. Diese Arbeit wollen wir stärken und dabei die Chancen des neuen Kinderschutzgesetzes nutzen. Dieses Anliegen fand Zustimmung im Jugendhilfeausschuss und jetzt werden wir sehr genau darauf achten, dass dies auch zügig umgesetzt wird. Die Zahl der Alleinerziehenden, mit all den damit verbundenen Problemen für die Betroffenen, nimmt stetig zu. Wir wollen diese deshalb noch intensiver unterstützen und dazu das „Projekt Palme“ im Kreis Borken auf den Weg bringen. Auch dazu hat es ja erfreulicherweise eine erste Verständigung im Fachausschuss gegeben.

1996 haben wir mit lokalen Arbeitsgemeinschaften den Kindern und Jugendlichen die Chance geboten, aktiv an der Planung zukünftiger Angebote mitzuarbeiten. Das sollten wir wiederholen,

denn seitdem haben sich die Lebenslagen und die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen erheblich verändert. Und wir tun auch gut daran, Kinder und Jugendliche mehr zu beteiligen.

Betrachten wir das Budget 06 Natur und Umwelt

Wachstum ohne Grenzen, immer größer, immer mehr, nach dieser Devise handeln scheinbar die Funktionäre in der Landwirtschaft. Aber es gibt eben auch die nachdenklichen Landwirte, die diese Entwicklung nicht mitmachen wollen. Der Massentierhaltung mit all ihren Problemen stehen unsere Verwaltungen und Räte oft machtlos gegenüber, das wissen hier alle im Hause. Warum, Herr Spahn frage ich mich dann, hat die CDU – Bundestagsfraktion den Antrag der SPD, der klare Regelungen für die weitere Entwicklung der Intensivtierhaltung forderte, abgelehnt? Ich hoffe sie unterstützen jetzt wenigstens die Absicht der Sozialdemokraten den Begriff Landwirtschaft im BauGB zu präzisieren, damit ökologisch nicht vertretbare Intensivtierhaltungsanlagen vermieden werden und Privilegierungen ausgeschlossen werden können. Damit würde doch unser Kernproblem beseitigt werden. Unsere Branchenvereinbarung ist kein wirkliches Steuerungsinstrument in diesem Konflikt, sie ist nicht viel mehr als ein zahnlöser Tiger. Die Begriffe Klimaschutz, Klimawandel und Flächenverbrauch kennt heute fast jeder. Der Kreis hat sein Klimaschutzkonzept verabschiedet, das jetzt peu a peu umgesetzt wird. Zusätzlich versuchen wir mit dem Projekt Region in der Balance, den zukünftigen Flächenverbrauch zu gestalten. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, denn der Kampf um die Fläche ist längst entbrannt und Verlierer sind wieder einmal die bäuerlichen Familienbetriebe.

Das Thema Müll ist immer für einen Aufreger gut, insbesondere wenn es dabei um die Gebühren geht. Was da aber im Fachausschuss mal eben so mitgeteilt wurde, hat mich aufschrecken lassen. Die Nachsorgekosten für unsere Altdeponien, von Prof. Düllmann im Jahre 2010 auf ca. 31 Mio. Euro geschätzt, werden ins schier Unermessliche steigen. Da hilft uns dann auch

die eingeführte Nachhaltigkeitsabgabe nicht wirklich weiter. Dies muss Thema in der nächsten Kreistagssitzung werden.

Kommen wir zu den möglicherweise wichtigsten Zukunftsthemen überhaupt Bildung und kommunale Finanzen

Wer hätte das gedacht, ein jahrzehntelanger Meinungsstreit , ja man kann schon sagen, Glaubenskrieg ging im Juli 2011 zu Ende. SPD, Grüne und CDU in NRW verkündeten den Schulkonsens und einigten sich auf die neue Sekundarschule. Diese wird langfristig die Hauptschule ersetzen und Vorreiter der Erneuerung wird das Münsterland sein, das glaubt jedenfalls der Schulforscher Ernst Rösner. Die Veränderung unserer Schullandschaft müsste nach unserer Auffassung der Kreis zumindest moderieren, damit es am Ende keine Verlierer gibt. Wenn die Bürgermeister dies partout aber nicht wollen, müssen wir das wohl oder übel hinnehmen.

Kein Kind zurücklassen, das ist die Maxime des politischen Handelns der Rot/Grünen Landesregierung. Und das ist auch unser Ziel, darum auch der Antrag auf eine mögliche Einrichtung einer Produktionsschule. Dafür sind wir im Fachausschuss verbal ziemlich verprügelt worden. Natürlich wissen wir genau, dass es im BOZ und anderswo ähnliche Angebote gibt, nur man kann doch trotzdem mal über neue Wege nachdenken und die Idee haben, Angebote möglicherweise zu bündeln.

Verstehen sie das, was ich jetzt sage, bitte nicht als Kritik an unserem Bildungsbüro. Aber in der Projektbeschreibung ist sehr viel vom kommunalen Bildungsmanagement, von Bildungsmarketing, von Vernetzen und von Verankern die Rede. Wie ändert sich dadurch eigentlich ganz praktisch die Situation von Kindern aus bildungsfernen Schichten? Das ist die Frage, die mich umtreibt. Denn das ist entscheidend, da die Bildungschancen noch immer nicht gerecht verteilt und maßgeblich vom Ausbildungsstand der Eltern abhängig sind.

Mir ist klar, dass ich jetzt Verwaltung und Mehrheitsfraktion wieder einmal gegen mich aufbringen werde, aber die Wahrheit müssen eben auch diese hinnehmen. Der Kreis Borken hinkt immer noch bei den Übergängen zum Gymnasium und bei der

Abiturquote hinterher. Und gleichzeitig verlassen bei uns mehr Kinder und Jugendliche die Schule ohne Abschluss, als in mancher Ruhrgebietsstadt. Das kann man sich auch nicht schön rechnen. Der Kreis Borken verkauft sich in Sachen Bildung eindeutig unter Wert und dafür trägt die CDU die Verantwortung, denn immerhin regiert sie hier seit gefühlten hundert Jahren.

Inklusion Reizwort und Hoffnung zugleich. Einigen geht es nicht schnell genug, andere stehen auf der Bremse. Die Landesregierung sagt eindeutig ja zum Recht auf einen Platz für jedes behinderte Kind in der allgemeinen Schule. Und die Zahl der Eltern, die diesen Weg mit ihrem Kind gehen wollen, steigt. Als Übergang, so sehen wir das jedenfalls, sind die sonderpädagogischen Kompetenzzentren geeignet. Aber wir werden nicht umhin kommen, uns beim Thema inklusive Bildung stärker als bisher zu bewegen. Das Land NRW geht da einen behutsamen aber auch teuren Weg. Es lässt beide Systeme Regelschule und Förderschule noch für eine ganze Zeit nebeneinander herlaufen. Irgendwann wird es aber die eine oder andere Förderschule nicht mehr geben. Warum so fragen wir uns, soll der Kreis Borken da nicht mal erster sein. Wir werden demnächst erneut den Antrag stellen, einen Inklusionsplan für den Kreis Borken und einen Arbeitskreis Inklusive Bildung auf den Weg zu bringen. Auf ihre Reaktion bin ich schon jetzt gespannt, oder doch nicht. Wir kennen ja ihre vorgefasste Meinung.

Ich gehe an dieser Stelle nicht auf das „ Kulturhistorische Zentrum „ oder auf den Verkehrslandeplatz Stadtlohn/ Vreden ein. Darüber reden wir ja später noch ausführlich in dieser Sitzung.

Herr Landrat meine Damen und Herren

Kommen wir zum vielleicht wichtigsten Thema überhaupt: Die kommunalen Finanzen

Im letzten Jahr haben wir uns heftig über das Gemeindefinanzierungsgesetz gestritten. Das ging so weit, dass das BBV am Ende titelte „ Von vaterlandlosen Gesellen“. Gemeint war meine Fraktion und das hat schon gegessen. Eines möchte ich hier ein für alle mal klarstellen. Wir Sozialdemokraten im Kreis Borken setzen uns genauso wie Vertreter anderer Parteien mit Herz und Verstand für diese Region und seine Bürgerinnen und Bürger ein. Da brauchen wir absolut keinen Nachhilfeunterricht. „SPD, das sind evangelische Flüchtlinge“ bekam Franz Müntefering von seinem Vater 1948 zu hören. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass auch im Münsterland so gedacht wurde, ja manchmal ist dieses alte Vorurteil heute noch spürbar. Aber diese Zeiten meine Damen und Herren sind lange vorbei, auch wir sind hier zu Hause.

Das GFG 2012 ist zwar geräuschloser aufgenommen worden aber dennoch rumort es weiter in der kommunalen Familie. Die Situation im Kreis Borken stellt sich unterschiedlich dar, einige Kommunen bekommen mehr Geld aus Düsseldorf andere weniger. In die Kreiskasse fließen aber 6,8 Mio. € mehr als in 2011. Dieses Geld kommt unseren Städten und Gemeinden wieder zugute. So werden die geringeren Schlüsselzuweisungen doch relativiert. Die Zuweisungen aus dem GFG sind steuerkraftabhängig und die Steuerkraft ist im Kreis Borken kräftig gestiegen. Diese eigentlich positive Nachricht wird im Zusammenhang mit dem GFG aber nicht gerne kommuniziert. Im GFG 2012 wurde erstmals ein Flächenansatz eingeführt, immerhin fließen dadurch 31 Mio. € mehr in den kreisangehörigen Raum. Dies ist auch ein Erfolg für uns Sozialdemokraten im Kreis Borken, denn den haben wir immer wieder eingefordert. Das hätten sie meine Damen und Herren von der CDU/FDP Koalition hier im Hause auch mal tun können, als sie noch Verantwortung in Düsseldorf trugen. Die Landesregierung stellt in 2012 insgesamt 8,4 Mrd. € im Rahmen des GFG zur Verfügung, das ist unbestritten die größte Finanzausgleichsmasse in der Geschichte des Landes. Dennoch bleibt die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit und das wird

auch wohl in Zukunft so bleiben. Was mich wirklich stört, ist das Gerede man würde in NRW belohnt werden, wenn man möglichst viele Bedarfsgemeinschaften in seiner Kommune hätte. Sicher bei mehr Geld halten die Bürgermeister gerne die Hand auf. Aber sie wünschen sich keinesfalls die mit dem SGB II verbundenen sozialen Probleme.

Im vergangenen Jahr habe ich auf die fehlenden Jahreabschlüsse hingewiesen, wir sind jetzt immerhin im Jahr 2009 angelangt. Und man kann sagen, von wegen Hans im Glück, nein Kai und Wilfried im Glück. Auch der Jahresabschluss 2009 hat statt des prognostizierten Defizits einen mehr als satten Jahresüberschuss von 10,9 Mio. Euro. Ich mag mir gar nicht vorstellen, die angekündigten Defizite wären alle Wirklichkeit geworden. Mir reicht schon das Desaster, dass die vorherige Verwaltungsspitze in der Kämmerei hinterlassen hat. Aber damit hat die CDU Mehrheitsfraktion ja nichts zu tun.

Herr Landrat meine Damen und Herren

Wir sind den Kommunen etwas schuldig, schließlich war die Kreisumlage in den letzten Jahren deutlich zu hoch. Auch da wollte die CDU partout nicht auf uns hören und ist lieber brav der Verwaltung gefolgt. Natürlich haben die Kommunen jetzt ein Anrecht auf eine ordentliche Entlastung. Wir begrüßen daher die Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage und der Ausgleichsrücklage und die Weitergabe der sogenannten Haushaltsverbesserungen zur Entlastung unserer Städte und Gemeinden. Das ist gut so und passt zu der von uns schon immer verfolgten Linie. Der Kreis steht finanziell gut da, wir können uns entschulden, wir müssen geplante Investitionskredite nicht in Anspruch nehmen und unser Eigenkapital steigt. Zusätzlich zeichnet sich auch schon für das Jahr 2010 ein Überschuss ab. Wenn der Landtag dann noch so beschließt, können wir unsere Ausgleichsrücklage bald flexibler handeln und haben damit für die nächsten Jahre wieder ein Instrument zur Verfügung, mit dem wir die Kreisumlage steuern können.

Herr Landrat meine Damen und Herren

Jedes Jahr schauen wir wie gebannt in Richtung Landschaftsverband und fragen uns wie sich die Landschaftsumlage entwickeln wird. Bei dieser Entwicklung spielt die Hilfe für behinderte Menschen eine immer größere Rolle. Die Kosten der sogenannten Eingliederungshilfe steigen jährlich um 150 – 180 Mio. Euro und müssen von der kommunalen Familie geschultert werden. Das ist nicht deren eigentliche Aufgabe und sie sind damit auch überfordert. Daher sollten wir uns als Kommunalpolitiker, unabhängig von Parteizugehörigkeit, unterhaken, in Richtung Berlin spazieren und die Übernahme dieser Kosten durch den Bund fordern.

Eigentlich Herr Landrat meine Damen und Herren, hätten wir auch in diesem Jahr dem Haushaltsplanentwurf zustimmen können, denn er enthält unser wichtigstes Ziel, die Entlastung der Städte und Gemeinden. Nur da ist noch die Sache mit dem Verkehrslandeplatz in Stadtlohn/ Vreden und den fehlenden 1,9 Mio. Euro. Die Verwaltung schlägt vor, dieses Geld in die Kapitalrücklage der Stadtlohn – Vreden Besitz GmbH einzulegen. Die Millionen sollen zur Finanzierung der Verlängerung der Start- und Landebahn und allem was damit zusammen hängt dienen. Wir haben den Ausbau der Start – und Landebahn immer abgelehnt und sehen daher keine Veranlassung ihre Fehlentscheidung im Nachhinein zu sanktionieren. Da die Kapitaleinlage auf der Änderungsliste zum Haushalt 2012 steht, lehnen wir diesen daher folgerichtig ab.

Zum Ende meiner Rede möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachdienstes Finanzen für die geleistete Arbeit und bei ihnen Herr Kersting für ihre freundliche Beratung bedanken. Auch in Richtung von Frau Tenspolde und Frau Schlüter sage ich ein herzliches Dankeschön für die allzeit freundliche und hilfsbereite Unterstützung. Das ist manchmal sicher gar nicht so einfach, bei einer Frau, die ihren Rechner nicht versteht.

Wenn man sich mit Riesenschritten dem sechzigsten Geburtstag nähert, zieht man schon mal Bilanz und fragt sich, was hast Du eigentlich in all den Jahren mit deinem politischen Engagement in der Opposition erreicht? An manchen Tagen könnte man frei nach Albert Einstein schon denken,“ hättest du Holz gehackt, hättest du mehr und vor allem sofort Erfolg gehabt.“ Aber er sagte auch:

„Der Mensch kann in seinem Leben einen Sinn nur finden, wenn er sich dem Dienst an der Gemeinschaft widmet.“

Und in der Opposition ist man ja nicht vollkommen machtlos, man kann was bewegen, es dauert nur sehr, sehr lange. Also war doch alles gut.

Danke für ihr geduldiges Zuhören.